

Usbekistan und die OSZE

Die Mitgliedschaft der zentralasiatischen Länder in der OSZE entfaltet sich Schritt um Schritt. Derzeit zeigen diese Staaten ohne Ausnahme ein großes Interesse an der Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE, was als Teil ihres aktiven Strebens nach Zusammenarbeit und Austausch mit den europäischen Ländern zu sehen ist.

Die OSZE bietet auch gute Möglichkeiten für die Entwicklung der Beziehungen zu anderen Strukturen, etwa zur Europäischen Union, die derzeit ebenfalls ihre Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten ausbaut. Darüber hinaus gibt es das NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" und natürlich auch die Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Das Bestehen mehrerer Plattformen der Zusammenarbeit fördert die Entwicklung des eigenen "Ich" und erlaubt es wohl am besten, sich selbst zu verwirklichen. Das entspricht völlig der allgemeinen OSZE-Auffassung, nämlich die Beziehungen in einem Netz von Organisationen und Gemeinschaften zu entwickeln und sich nicht nur auf eine einzige zu konzentrieren, um so zu größerer Selbständigkeit zu gelangen.

Usbekistan im besonderen strebt danach, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf den Prinzipien der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beruht. Am 26. Februar 1992 unterzeichnete der Präsident der Republik Usbekistan, Islam Karimov, in der Hauptstadt Finnlands die KSZE-Schlußakte von 1975. Durch diesen Akt wurde Usbekistan zum OSZE-Mitglied. Mit dem Beitritt zur OSZE im Jahre 1992, kurz nach der Erlangung der Unabhängigkeit, hat sich Usbekistan zur Einhaltung der anerkannten Normen des Völkerrechts und zur Teilnahme an den kollektiven Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit verpflichtet.

Die usbekische Delegation nahm am 7. und 8. Dezember 1995 in Budapest an der Sitzung des Ministerrats der OSZE-Teilnehmerstaaten teil. Im Laufe der Verhandlungen wurden zwei Hauptfragen besprochen: die Lösung des Konflikts in Bosnien-Herzegowina und das Modell für eine gemeinsame und umfassende Sicherheit in Europa im 21. Jahrhundert, das eine strikte Einhaltung der im OSZE-Rahmen angenommenen Prinzipien und Verpflichtungen sowie die Ausarbeitung von Lösungsmechanismen für die Probleme und Gefahren im Bereich der Sicherheit vorsieht.

Außerdem entwickelt sich eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Olji Madschlis (Parlament) der Republik Usbekistan und der Parlamentarischen

Versammlung der OSZE. Die parlamentarische Delegation der Republik unter der Leitung des Vorsitzenden des Parlaments nahm an der vierten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teil, die vom 4. bis 8. Juli 1995 in Ottawa stattfand. Während der Sitzung wurden Wahlen durchgeführt, und der Vorsitzende des Olji Madschlis, Erkin Chalilow, wurde zum Vizepräsidenten der Versammlung gewählt. Im Januar 1996 fand in Wien eine Sitzung des Ständigen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung statt, an der die usbekische Delegation wiederum unter der Leitung des Vorsitzenden des Olji Madschlis, Chalilow, teilnahm.

Im Juli 1995 wurde in der usbekischen Hauptstadt Taschkent ein OSZE-Verbindungsbüro für Zentralasien eröffnet; ein Beweis dafür, welche Bedeutung die OSZE der Friedenserhaltung, der Stabilität, den wirtschaftlichen und menschlichen Dimensionen in der zentralasiatischen Region beimißt. Usbekistan bietet sich damit eine Möglichkeit, Informationen mit anderen OSZE-Institutionen auszutauschen und einen Dialog über jene Probleme zu führen, mit denen sich die zentralasiatischen Staaten und insbesondere Usbekistan konfrontiert sehen.

Die usbekische Regierung unterstützte die Arbeit des OSZE-Büros von Anfang an. Anlässlich einer Begegnung mit den Vertretern der diplomatischen Missionen und ausländischen Organisationen am 29. Dezember 1995 hat der Präsident der Republik Usbekistan, Islam Karimov, erneut bekräftigt, daß die usbekische Regierung auch weiterhin mit der OSZE in allen Bereichen ihrer Tätigkeit zusammenarbeiten wird.

Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Worte von Islam Karimov in die Praxis umgesetzt werden. Denn eines der aktuellsten Probleme für Usbekistan ist die Gewährleistung der regionalen Sicherheit. Ausgehend davon, daß im Rahmen des Konzepts der umfassenden Sicherheit die Einhaltung der Menschenrechte und die Gewährleistung der Grundfreiheiten, die Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung demokratischer Institutionen der Konfliktvorbeugung sowie der Schaffung der Grundlagen für Frieden und Sicherheit dienen, nimmt Usbekistan aktiv an diesem Prozeß teil.

Regionale Sicherheit

Die vergangenen Jahre haben bestätigt, daß Stabilität und umfassende Sicherheit die wichtigsten Voraussetzungen für die Erreichung des strategischen Zieles Usbekistans sind, nämlich die vollständige und gleichberechtigte Integration in die internationale Gemeinschaft. Usbekistan beteiligt

sich deshalb auch aktiv am NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden".

Die Repräsentanten Usbekistans sind derselben Meinung, die in vielen internationalen Foren vertreten wird: Der Weg zur globalen Sicherheit führt über die dauerhafte Herstellung regionaler Sicherheit. Nur durch das Erreichen der gegenseitigen Verständigung und des Zusammenwirkens der Staaten in den einzelnen Regionen, insbesondere in den schwelenden "Brandherden", kann man zu Frieden und Stabilität in der ganzen Welt gelangen.

Usbekistan bemüht sich, seinen angemessenen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Stabilität in der Region zu leisten, und es beteiligt sich aktiv an der Ausarbeitung des neuen Sicherheitsmodells für das 21. Jahrhundert. Ein Beweis dafür ist das auf Initiative von Präsident Karimov und mit der Unterstützung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, im September des vorigen Jahres in Taschkent durchgeführte beratende Seminar über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Zentralasien.

Die auf dem Taschkenter Seminar erörterten Probleme spiegelten die Hauptrichtungen der Tätigkeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wider.

Zur Zeit sieht sich Zentralasien mit einer Reihe dringender Probleme konfrontiert. Diese erfordern eine engere Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen, in deren Rahmen bestimmte Mechanismen zur Sicherung der regionalen Sicherheit ausgearbeitet worden sind. Die Möglichkeiten der OSZE auf dem Gebiet der Schaffung von Grundlagen für die Vertrauensbildung und Zusammenarbeit sind äußerst wertvoll für die Staaten dieser Region.

Zentralasien verfügt über große strategische Natur- und Rohstoffressourcen. In den letzten Jahren sind diese zur Arena geopolitischer ökonomischer Interessen und Ambitionen vieler verschiedener Länder geworden.

Außerordentlich wichtig ist mithin, daß die Voraussetzungen und die Bedrohungen der nationalen Sicherheit der zentralasiatischen Staaten einheitlich von allen Staaten der Region adäquat eingeschätzt werden und daß gemeinsame Wege zur Vorbeugung und Beseitigung dieser Bedrohungen gefunden werden. Nicht weniger wichtig ist, daß der Bedrohungsgrad, der zum Auslöser globaler Instabilität werden könnte, in der ganzen Welt und somit auch von den entwickelten Staaten realistisch eingeschätzt wird.

Präsident Karimov hat mehrmals die internationale Gemeinschaft auf die Bedrohung hingewiesen, die der viele Jahre andauernde Konflikt in Afghanistan in sich birgt. Das destabilisierende Potential dieses Konflikts sei in den letzten Jahren insbesondere in Tadschikistan sichtbar geworden.

Trotz aller Bemühungen zur Erhaltung von Frieden und Stabilität in Zentralasien stellt die Situation in Tadschikistan tatsächlich eine reale Gefahr für die Ruhe und das Einvernehmen in der Region dar.

Usbekistan schlägt vor, einen Schlichtungsrat zu bilden, dem neben anderen auch UNO- und OSZE-Vertreter angehören sollen. Die Gründung des Kongresses der Völker Tadschikistans, im dem nicht nur die Regierung und die Opposition vertreten sein sollten, sondern auch die Regionen Tadschikistans, ist zweifelsohne ein dringendes Gebot der Stunde und ein möglicher Ausweg aus der gegenwärtigen Situation. Diese Fragen wurden eingehend auf dem OSZE-Seminar über Vertrauensbildende Maßnahmen diskutiert, das vom 24. bis 26. April 1996 in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe stattfand.

Die Veranstaltung verschiedener Foren und Seminare ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Tätigkeit der OSZE. Im April 1996 hat die OSZE zusammen mit der Regierung Usbekistans ein wichtiges Symposium in Taschkent zum Thema "Zentralasien: Umfassende Sicherheit im Rahmen der OSZE und regionale Anforderungen" durchgeführt, auf dem die regionale Sicherheit betreffenden Fragen im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen Sicherheitsmodells im Rahmen der OSZE erörtert wurden. Dieses Forum diente der Meinungsbildung und der Annäherung verschiedener Standpunkte im Hinblick auf die Schaffung eines zuverlässigen Systems regionaler Sicherheit in Zentralasien.

Wirtschaftliche Dimension

Während der letzten Jahre hat die ökonomische Komponente der OSZE vermehrt Aufmerksamkeit gefunden. Das allgemeine Verständnis dafür, daß sich Wirtschaftsfaktoren real auf Sicherheit und Stabilität im gesamten Gebiet der OSZE auswirken, wächst.

Für die ökonomische Entwicklung Usbekistans kann die Zusammenarbeit mit der OSZE im Bereich der wirtschaftlichen Dimension von großer Bedeutung sein. Usbekistan beteiligt sich tatkräftig an vielen ökonomischen Foren der OSZE. Im Jahre 1995 hat die usbekische Delegation auf dem dritten Treffen des Wirtschaftsforums der OSZE in Prag eine Initiative zur Verbesserung der Arbeit der OSZE auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Dimension ergriffen, die breite Unterstützung erhielt. Die Delegation der Republik Usbekistan unter der Leitung des usbekischen Botschafters bei der OSZE, Herrn A. Schaichow, hat auch aktiv an der Arbeit des vierten Wirtschaftsforums der OSZE teilgenommen, das vom 27. bis 29. März 1996 ebenfalls in Prag stattfand.

Im Laufe des Forums gelangten die Teilnehmer zu der übereinstimmenden Meinung, daß die OSZE als eine Organisation, die sich mit einem ganzen Komplex von Problemen befaßt, die Rolle eines Koordinationsorgans zur Erhaltung der Sicherheit, die auf einem breit abgestützten sozialen System basiert, spielen kann.

Die usbekischen Vertreter halten es für notwendig, eine engere Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen in der OSZE-Region zu entwickeln. Sie sind am Ausbau ökonomischer Beziehungen mit anderen OSZE-Mitgliedstaaten auf bilateraler Grundlage interessiert. Dynamisch entwickeln sich die Beziehungen zwischen Usbekistan und der Europäischen Union, was zur Festigung der Integrationsbeziehungen mit den europäischen Staaten beiträgt. Usbekistan ist derzeit einer der größten Handels- und Wirtschaftspartner der Europäischen Union in Zentralasien. Am 29. April 1996 fand in Taschkent eine zweite Verhandlungsrunde zwischen der Europäischen Union und Usbekistan statt, anlässlich derer beide Seiten ein Kooperations- und Partnerschaftsabkommen paraphiert haben.

In der letzten Zeit beschleunigten sich auch die Integrationsprozesse in der zentralasiatischen Region. Die usbekische Haltung zum Fortgang dieses Integrationsprozesses ist folgende: Die Integration soll die Handlungsfreiheit und die Kontakte mit potentiellen Partnern, ungeachtet ihrer Ideologie und ihrer geographischen Lage, nicht einschränken. Voraussetzung dafür sind Freiwilligkeit und volle Gleichberechtigung der Staaten sowie gleiche Ausrichtung und vergleichbarer Charakter der in den einzelnen Ländern gemäß ihrem eigenen Potential durchgeführten Reformen.

Eine wichtige Frage für die Weltöffentlichkeit ist zur Zeit das Problem der ökologischen Sicherheit. Ökologie ist zu einem prioritären Gebiet der usbekischen Politik in der Zusammenarbeit mit der OSZE geworden.

In der zentralasiatischen Region ruft die Gefahr des völligen Verschwindens des Aralsees besondere Besorgnis hervor. Die Aralsee-Katastrophe könnte zur globalen ökologischen Krise führen, deren Folgen die Einwohner des ganzen Kontinents zu tragen hätten.

Das internationale Seminar zu Fragen der Rehabilitation der Umwelt, das von der OSZE im Oktober 1995 in Usbekistan durchgeführt wurde, zeigte das Interesse der Organisation an der Lösung der ökologischen Probleme, mit denen sich die zentralasiatischen Staaten konfrontiert sehen.

Usbekistan begrüßt und schätzt die Bemühungen der OSZE, die auf die Lösung der ökologischen Probleme in der Region abzielen, und ist bereit, in diesem Jahr die Arbeit des Seminars zur Wiederherstellung der Umwelt fortzusetzen, wobei die Bemühungen auf die ökonomischen und rechtlichen Fragen konzentriert werden sollen.

Zwecks besserer Verankerung der Verfassungsrechte und Grundfreiheiten der Bürger Usbekistans wurde im Februar 1995 die Funktion eines Bevollmächtigten für Menschenrechte beim Olji Madschlis (Parlament) geschaffen, dem später eine Kommission für die Einhaltung der Verfassungsrechte und Grundfreiheiten der Bürger zur Seite gestellt wurde.

Es ist auch hervorzuheben, daß Usbekistan in dieser Richtung eine aktive Zusammenarbeit mit der OSZE und anderen internationalen Organisationen entwickelt. Im Februar 1996 besuchte eine Delegation des UNDP (United Nations Development Programme) für Menschenrechte unter Botschafter I. Popesku Usbekistan.

Im Laufe von drei Wochen hatten die Experten des UNDP zusammen mit Experten der OSZE mehr als 50 Begegnungen und Gespräche mit Vertretern verschiedener staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen, Arbeitsstellen, Parteien, internationaler Institutionen und ausländischer Botschaften. Auf diese Weise spiegelten die Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Delegation verschiedene Meinungen und Einschätzungen der gegenwärtigen Situation in Usbekistan wider.

Im Schlußbericht der UNDP-Mission wurde gefolgert, daß in Usbekistan in kurzer Zeit die demokratischen Grundinstitutionen geschaffen wurden, die zur Umsetzung der Rechte und Freiheiten der Bürger in die Praxis erforderlich sind, daß die wichtigsten internationalen Abkommen ratifiziert wurden und sich in struktureller Hinsicht eine zivile Gesellschaft zu entwickeln beginnt. Aktuell bleibt die Frage des effektiven Funktionierens der demokratischen Institutionen und der weiteren Vervollkommnung des Rechtssystems in Usbekistan.

Die vordringlichen Probleme sind nach Meinung der Mission indessen ein Mangel an rechtlicher Information und entsprechender Dokumentation sowie die unzureichende Kenntnis der internationalen Praxis und der Tätigkeit vergleichbarer Institutionen im Ausland.

Das unter Berücksichtigung der entsprechenden Probleme vorgeschlagene Programm soll in zwei Phasen verwirklicht werden. Die erste Etappe umfaßt die Periode vom Sommer dieses Jahres bis Juni 1997 und ist in erster Linie auf die technische Hilfeleistung an staatliche Rechtspflege- und Verwaltungsorgane ausgerichtet: Gerichte, Staatsanwaltschaft, Ministerien und Parlamentskommissionen. In diesem Zusammenhang bedarf es sowohl der fachlichen Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiter dieser Institutionen als auch der Verbesserung ihrer technischen Ausstattung.

Im Rahmen der zweiten Phase, die bis zum Jahr 2000 dauern soll, ist die Gründung einer Reihe neuer Einrichtungen geplant; in erster Linie ein

Fachzentrum für Menschenrechte, das mit der Zeit die ganze Region Zentralasiens umfassen soll.

Eine weitere Stelle soll unter dem Namen "Zentrum für demokratische Verwaltung" dazu dienen, der Tätigkeit aller Staatsorgane und Einrichtungen Öffentlichkeits- und Rechenschaftscharakter zu verleihen, damit die Verwirklichung und Einhaltung der Bürgerrechte gewährleistet wird. Dieses Zentrum wird auch Beratungsfunktionen für die staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen ausüben. Man kann sagen, daß der Wert dieses Programms seinem konkreten und zielgerichteten Charakter nach in seiner langfristigen Wirkung besteht.

Ende Februar besuchte eine Delegation des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE unter der Leitung von Botschafterin Audry Glover Usbekistan. Der Präsident der Republik Usbekistan unterstrich bei der Begegnung mit Botschafterin Glover die Kontinuität in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Usbekistan und der OSZE. Er betonte, daß Usbekistan an der weiteren Zusammenarbeit mit dem BDIMR interessiert sei, da heute in Usbekistan breite politische und soziale Reformen verwirklicht werden und in diesem Zusammenhang die Erfahrung der OSZE von großem Nutzen ist.

Die Delegation des BDIMR nutzte die Gelegenheit während ihres Aufenthaltes in Usbekistan, um sich mit der Tätigkeit der Organisationen und Einrichtungen bekanntzumachen, die sich mit den Menschenrechten befassen, und kam zu dem Schluß, daß Usbekistan Hilfe auf dem Gebiet der menschlichen Dimension braucht. Sie brachte die Bereitschaft zum Ausdruck, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet weiterzuentwickeln. Eine wichtige Rolle in diesem Bereich kann das OSZE-Seminar "Nationale Institutionen für Menschenrechte" spielen, das im September 1996 in Taschkent stattfindet.

Schlußfolgerung

Der multilaterale Dialog im Rahmen der OSZE eröffnet den neuen Staaten, darunter auch Usbekistan, große Möglichkeiten, die Erfahrungen zu erwerben, die innerhalb der OSZE gesammelt wurden, und erlaubt es, auf dem Wege des Aufbaus der demokratischen Gesellschaft und ökonomischer Reformen Fortschritte zu erzielen.

Der Weg, der von Usbekistan zum Aufbau einer unabhängigen stabilen demokratischen Gesellschaft gewählt wurde, ist der richtige, aber es ist ein schwieriger Weg, dessen Beschreitung viel Zeit braucht. Usbekistan befindet sich am Anfang dieses Weges; dank der aktiven Zusammenarbeit mit der OSZE und anderen internationalen Organisationen kann es indessen die

gesetzten Ziele erreichen und seinen Beitrag zur Festigung der regionalen Sicherheit, zur Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit und zur Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten leisten.